

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Sonderdruck - 58. Jahrgang

Februar 2008

Tempelhof:

„Offenbarungseid der CDU“

Michael Müller kritisiert Tempelhof-Kampagne

Scharfe Kritik an der Tempelhof-Kampagne der CDU hat der Berliner SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Michael Müller geübt. „Wer verkündet, es gäbe überhaupt kein rechtliches Argument, das in irgendeiner Weise gegen die Offenhaltung von Tempelhof spricht und jetzt auch noch Tegel für alle Zeiten offenhalten will, kann nicht mehr ernst genommen werden“, sagte Michael Müller.

Gemeinsam mit dem Juristen und ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Rupert Scholz hatte der CDU-Fraktionsvorsitzende Pflüger auf einer Pressekonferenz für die Offenhaltung der innerstädtischen Flughäfen geworben. Gerade deren Schließung aber ist die Voraussetzung für den geplanten Großflughafen BBI. „Die CDU leistet damit ihren endgültigen politischen Offenbarungseid“, so Müller.

Müller wies darauf hin, dass insbesondere der Rechtswissenschaftler Scholz mit seinen Äußerungen seine Reputation aufs Spiel gesetzt habe. Wer allen Ernstes die Offenhaltung aller Berliner Flughäfen für einen Standortvorteil halte, habe offenbar weder das entsprechende Urteil des Bundesverwaltungsgerichts gelesen, noch mit den beiden größten Fluggesellschaften Lufthansa und Air Berlin jemals gesprochen, so der SPD-Politiker.

Die Schließung von Tempelhof und - nach Fertigstellung des Großflughafens BBI - auch von Tegel geht auf einen Konsensbeschluss zurück, den 1996 die damals CDU-geführte Bundesregierung mit dem ehemaligen CDU-Bürgermeister Diepgen und der brandenburgischen Landesregierung getroffen haben. Auf dieser Grundlage wurde die Planung des Großflughafens begonnen.

Petra Hildebrandt, Neuköllner SPD-Abgeordnete, stellt fest: „Der derzeitige Planfeststellungsbeschluss und insbesondere die darin enthaltene Entscheidung, die innerstädtischen Flughäfen Tegel und Tempel-



Flughafen Tempelhof: Die SPD will das Gelände für alle Berlinerinnen und Berliner öffnen. Foto: Günter Wicker (Photur) / Berliner Flughäfen

hof zu schließen, wurden im Jahr 2006 vom Bundesverwaltungsgericht gerade deshalb für rechtmäßig erklärt, weil sie das Ausmaß der Lärmbetroffenheit der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigten. Die erhöhte Lärmbelastung durch den BBI rund um die Region Schönefeld wäre nicht zu rechtfertigen, würden nicht durch Schließung der innerstädtischen Flughäfen mehr als 160.000 Berliner Bürgerinnen und Bürger vollständig vom Fluglärm befreit. Blicke Tempelhof als Flughafen geöffnet, könnte die Inbetriebnahme des BBI mit ziemlicher Sicherheit gerichtlich verboten werden.“

„Es kann nicht sein, dass für ein Dutzend Privatflieger das riesige Flughafenareal der Öffentlichkeit vorenthalten und die Planungssicherheit für BBI gefährdet wird“, stellt SPD-Landesgeschäftsführer Rüdiger Scholz fest. „Dies würde keine Arbeitsplätze schaffen, es würde sie gefährden. Zudem hat die überwiegende Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner eher kein Interesse an einem Bonzenflughafen in der Innenstadt.“

Derzeit ignoriere die CDU nicht nur alle juristischen, sondern auch von der CDU selbst initiierten bzw. mitgetragenen politischen Entscheidungen, stellt Michael

Müller fest. Er will am Planfeststellungsverfahren für BBI nicht mehr rütteln lassen. „Das Bundesverwaltungsgericht hat das vor einem halben Jahr noch einmal auf der Grundlage eines Einwands der Bahn geprüft und eindeutig gesagt, wer Tempelhof offen halten wolle, der müsse ein neues Planfeststellungsverfahren einleiten, was allerdings neue juristische Probleme nach sich ziehen würde, die das gesamte Flughafenkonzept BBI in Frage stellen können.“ Damit wären Zehntausende von Arbeitsplätzen gefährdet. Ein Risiko, das der CDU-Fraktionsvorsitzende offenbar bereit ist einzugehen - denn vom Ausgang des Volksbegehrens hängt auch seine politische Zukunft ab.

Der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin, Christian Gaebler, hat inzwischen Regelungen für die Offenlegung der Finanzierung und die Benennung von Spendern für Kampagnen zu Volksbegehren und Volksentscheiden gefordert. Gaebler forderte namentlich die ICAT, die die Kampagne zur Offenhaltung des Flughafens Tempelhof betreibt, auf, ihre Finanzdaten für die Kampagne zu veröffentlichen sowie die Spender für die Finanzierung der stadtwirtschaftlichen Plakatierung und die sonstigen kostenaufwändigen Aktivitäten zu nennen. Gaebler wörtlich: „Wir wollen wissen, ob hier große Finanzinvestoren sich fast 400 ha öffentliches Gelände über ein von ihnen finanziertes Volksbegehren für eine private Nutzung sichern wollen.“ Die ICAT, so Gaebler, müsse z.B. auch Auskunft darüber geben, ob es tatsächlich eine Großspende von mehreren Hunderttausend Euro gibt und von wem diese ggf. kommt.

Nach dem Willen der SPD soll das Gelände des Tempelhofer Flughafens offen für alle Berlinerinnen und Berliner sein, mit neuen Erholungsangeboten und vielfältigen wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungsmöglichkeiten. Die 386 ha große Fläche entspricht der Größe eines ganzen Stadtteils. Das wäre zu schade, um es einigen wenigen Privatfliegern als abgesperrtes Gelände zur Verfügung zu stellen. Für die notwendige Planung und Bürgerbeteiligung aber müsse auch eine angemessene Planungszeit zur Verfügung stehen. **U.H. □**

Tempelhof:

Kampf gegen Vorurteile

Neue Chancen in Tempelhof nutzen: Breites Bündnis gegen weiteren Flugverkehr

Gegen das von der CDU propagierte Volksbegehren zum Flughafen Tempelhof wächst der Widerstand. Sollten bis Mitte Februar die für einen Volksentscheid notwendigen Unterschriften zusammenkommen, wollen SPD, Linkspartei und Grüne, aber auch verschiedene Bürgerinitiativen und Verbände eine Aufklärungskampagne starten.

Ob und wann es zu einem Volksentscheid kommt, wird Mitte Februar feststehen. Allerdings seien auch 170.000 Unterschriften „noch lange kein Volkswille“, wie der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Christian Gaebler betont. Die SPD fordert die Öffnung Tempelhofs für die Berliner Bevölkerung statt eine Nutzung für wenige Privatflieger. Neue Naher-



Keine Gefahr für die Luftbrücke: Die denkmalgeschützten Flughafengebäude und das Denkmal bleiben auch bei einer Schließung Tempelhofs für den Luftverkehr erhalten.

holungsangebote in der Innenstadt, neue Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten sollen entstehen.

Für eine neue Nutzung des Geländes wirbt seit Jahren die Bürgerinitiative Flughafen Tempelhof (BIFT). Auch Linkspartei und Grüne haben sich bereits deutlich gegen die Forderungen von ICAT und CDU gewandt, Tempelhof als Verkehrsflughafen offen zu halten. Die Fraktion der Grünen bezeichnete das Volksbegehren als „Volksbetrug“. Und auch Martin Schlegel, Sprecher des BUND Berlin, hält die Schließung für absolut notwendig: „Die Lärmbelastung für die Anwohner des innerstädtischen Flughafens und der Einflugschneise ist enorm und beeinträchtigt ihre Gesundheit erheblich.“

BS □

Fakten zur Debatte um Tempelhof

- Das aktuelle Fluggeschehen in Tempelhof wird vor allem von Kleinstfliegern mit einem geringen Passagierbeförderungsanteil repräsentiert. Sollte sich eine Verschiebung zu Gunsten von Privatfliegern entwickeln, käme es zu einer deutlich höheren Gefährdung der Anwohner und einer stärkeren Umweltbelastung.
- Die Zahl der Passagiere pro Flugbewegung sank in Tempelhof auf gewerblichen Linien von 19,9 (2005) auf 12,7 Passagiere (2007 bis einschl. Okt.). Bei Nichtlinienflügen gab es eine Reduzierung von 3,39 (2005) auf 3,18 Passagiere (2007) pro

Flugbewegung. In Tegel sitzen pro Linienflug im Schnitt 88,26 Passagiere in der Maschine.

- Das Defizit für den Flugbetrieb belief sich laut Angaben der Berliner Flughafengesellschaft in den letzten 10 Jahren auf 115 Mio. Ein jährlicher Verlust von 11,5 Mio entspricht einer Subvention von 100 für jeden Passagier (Nichtlinien und nicht gewerblicher Natur).
- 350.000 Passagiere pro Jahr in Tempelhof (Ankunft und Abflug) macht 958 Passagiere pro Tag. Ein Airbus A380 würde damit einmal halb leer hin- und herfliegen.

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Linienstr. 126, D-10115 Berlin
Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin
Abo-Service: Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
Druckerei: KORRekt Mailingservice Berlin

„Gegen Fluglärm stimmen“

Offener Brief der Bürgerinitiative Flughafen Tempelhof

Die 1986 gegründete Bürgerinitiative Flughafen Tempelhof (BIFT), die sich gegen einen weiteren Flugbetrieb in Tempelhof ausspricht, hat sich in einem Offenen Brief an den grünen Berliner Bundestagsabgeordneten Wolfgang Wieland gegen dessen Aussage gewandt, den Flughafen Tempelhof weiter offen zu halten, um das Bürgervotum zu respektieren.

„Sie zählen zu den erfahrensten und eloquentesten Politikern der Berliner Grünen. Ihre Partei hat unser Ziel, die Beendigung des Flugbetriebs in Tempelhof von Anfang an engagiert unterstützt. Sie selbst haben im Herbst 2006 die Doppelzüngigkeit einer Angela Merkel aufgedeckt, die als CDU-Vorsitzende die Offenhaltung des Airports befürwortete, aber die Bundesregierung im Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft - aus gu-

tem Grund - keinen Finger dafür krumm machte.

Und nun das: in einem BILD-Interview am Mittwoch dieser Woche haben Sie sich für die „Respektierung“ des Volksbegehrens und Offenhaltung des Flughafens jedenfalls bis zur Eröffnung des BBI 2011 ausgesprochen. Diesmal haben Sie sehr schlecht gebrüllt! Sie fallen uns damit in den Rücken.

Das Volksbegehren ist noch nicht einmal erfolgreich beendet. Bislang haben in drei Monaten 149.000 Berliner unterschrieben: das ist zwar eine erkleckliche Zahl, sie stellt aber auch nur 6,2 Prozent der Wahlberechtigten dar. Angesichts einer bereits seit Jahren andauernden einseitigen Berieselung für ein Offenhalten des Flughafens durch viele Medien - insbesondere des Springerkonzerns - sowie der Äußerungen vieler Prominenter und einer finanzkräfti-

gen Werbekampagne hätte man sogar mehr erwarten können.

Zunächst sind bis Mitte Februar 170.000 Unterschriften erforderlich. Erst dann käme es zum Volksentscheid, bei dem an einem Tag mindestens 600.000 Wahlberechtigte mit Ja stimmen müssten. Ob ICAT und CDU diese Latte reißen werden, ist wenig wahrscheinlich.

Auch ein Verweis auf demoskopische Mehrheiten ist fragwürdig: eine der seriösen Umfragen zeigte vor einem Jahr, dass nur 34 Prozent der befragten Berliner für den unbeschränkten Weiterbetrieb als Verkehrsflughafen eintraten, hingegen 40 Prozent für einen Geschäftsflughafen. Um letzteren geht es aber genau nicht bei dem jetzigen Volksbegehren.

Sorgen Sie lieber mit uns und vielen anderen dafür, dass im Falle eines Volksentscheids möglichst wenige Berliner für Fluglärm, Kerosingestank und Absturzgefahr mitten in der Stadt stimmen! Da ist Ihr Platz!“

Manfred Herrmann, Heinrich Krüger □

Tempelhof-Pläne

„BBI nicht gefährden“

CDU-Politiker setzen Flughafen-Großprojekt aufs Spiel

In der Auseinandersetzung um die künftige Nutzung des Tempelhofer Flughafens setzen CDU-Politiker das seit Jahren geplante Großflughafenprojekt BBI aufs Spiel.

Um seinen Berliner Parteifreunden Unterstützung beim laufenden Volksbegehren zu geben, hatte der brandenburgische CDU-Wirtschaftsminister Junghanns vorgeschlagen, Tempelhof weiter für den Geschäftsflugverkehr offen zu halten. Brandenburgs ehemaliger Ministerpräsident Manfred Stolpe warnte jetzt: „Wenn wir den BBI wollen, dürfen wir solche Spielchen nicht machen: Finger weg!“ Und Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) distanzierte sich deutlich: Eine weitere Nutzung Tempelhoofs als Flughafen sei „nicht die Position der Landesregierung“.

Denn wenn BBI eröffnet werden soll, müssen Tempelhof und Tegel geschlossen werden. Diese Rechtslage ist inzwischen mehrfach durch Urteile des Oberverwaltungsgerichts von Berlin und Brandenburg sowie des Bundesverwaltungsgerichts bekräftigt worden. Die Ausbaugenehmigung von Schönefeld hängt von der Einhaltung des Landesentwicklungsplans ab. In dem aber heißt es eindeutig: „Mit Inbetriebnahme der Kapazitätserweiterung am Standort Schönefeld sind die Flugplätze Berlin-Tegel und Berlin-Tempelhof zu schließen und einer anderen Nutzung zuzuführen.“ Damit ist nicht nur ein Linienflugverkehr ausgeschlossen - wie er von der Berliner CDU im Rahmen des ICAT-Volksbegehrens gefordert wird - sondern auch ein eingeschränkter Geschäftsflugverkehr unmöglich.

Hintergrund ist, dass der Nachteil der Be-



Kaum genutztes Gelände: der Flughafen Tempelhof dient derzeit u.a. als Parkplatz für Air-Berlin-Maschinen. Foto: Horb

lastung der Anwohner von Schönefeld an anderer Stelle durch eine Entlastung gerechtfertigt sein muss. Im Umkreis der innerstädtischen Flughäfen Tempelhof und Tegel sind bislang ungleich viel mehr Anwohner von Lärm- und Umweltbelastungen durch den Luftverkehr betroffen als es in Schönefeld sein werden. Wenn die Anhänger eines Flugbetriebs in Tempelhof jetzt fordern, den Landesentwicklungsplan zu ändern, so würde das nicht nur neue Klagen gegen den Großflughafen eröffnen. Auch der Ausgang wäre völlig ungewiss.

Die Region aber braucht den künftigen Großflughafen mit seinen vielfältigen Anbindungen und Umsteigemöglichkeiten. Die Schaffung von insgesamt bis zu 40.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen in und um Schönefeld bis 2012 ist realistisch. Das seit Dezember 2003 bestehende Jobcenter am Flughafen ist im August 2007 bereits vergrößert worden.

BS □

Argumente-Heft zu Tempelhof

Ein innerstädtischer Flughafen Tempelhof ist laut, gefährlich und umweltschädlich. Die Öffnung des bisher für nur wenige Flüge und Fluggäste reservierten Geländes kann dagegen die ganze Stadt bereichern: Es wird ein neuer Stadtteil in Berlin entstehen, der Raum für Arbeiten und Wohnen im Park, für Freizeit und Erholung inmitten der Stadt schafft. In einem vierseitigen Argumente-Heft hat der SPD-Landesverband jetzt die wesentlichen Argumente zur Tempelhof-Debatte zusammengestellt.

Dazu gehört: Die Beendigung des Flugverkehrs in Tempelhof ist auch eine wesentliche Voraussetzung für das große Zukunftsprojekt der Region, den Single-Airport BBI mit all seinen Serviceangeboten und künftigen Umsteigemöglichkeiten. Hier entstehen die Arbeitsplätze der Zukunft. Darüber wird die Vergangenheit von Tempelhof nicht vergessen: Der historische Ort mit seinen Gebäuden und dem Luftbrückendenkmal bleibt erhalten - mit neuer Nutzung. Das "Argumente-Heft" steht am Virtuellen Infostand der Berliner SPD im Internet zum Download zur Verfügung: www.berlin.spd.de - > Aktuelles. Gedruckte Exemplare sind bei den Abteilungsvorsitzenden erhältlich.

BS □



Die Überschriften von Zeitungen fassen möglichst knapp und überschaubar eine Nachricht zusammen. So ist es jedenfalls bislang die Regel. Eine weitere Regel von Zeitungen ist, dass sie die aus ihrer Sicht bedeutungsvollsten Nachrichten auf der Seite 1 platzieren.

Am 26. Januar 2008 war die erste Seite der „BZ“ mit einer großbuchstabigen Überschrift ausgefüllt, die lautete: „Bis gestern haben schon 160.509 Berliner für das Volksbegehren für den Flughafen Tempelhof unterzeichnet. Und wann unterschreiben... Sie?“

Gut, warum soll nicht auch das Titelblatt einer Zeitung einmal so aussehen wie ein schlechtgestaltetes Flugblatt ei-

Kampagnenjournalismus

ner konservativen Partei. Aber was ist eigentlich die Nachricht? Steckt sie in der Frage „Wann unterschreiben Sie?“ oder in der Zahl 160.509?

Tatsächlich ist die Nachricht die Zeitungsseite selbst. Wer es nötig hat, eine ganze Titelseite mit einem Werbeauftrag zu füllen, zeigt, wie schwerfällig die Unterschriftensammlung in der Schlussphase läuft - trotz eines massiven finanziellen Engagements der CDU und einiger Unternehmer, die sich offenbar das Flughafengelände möglichst dauerhaft für ihre Zwecke sichern wollen. Trotz der alltäglichen Berichterstattung in den Zeitungen des Springer-Konzerns, die als Anzeige nicht

zu bezahlen wäre. Trotz einer nicht zu überbietenden Einseitigkeit in der Argumentation der Tempelhof-Flieger.

Die Unterschriftensammlung hat sich nicht als einfacher Spaziergang erwiesen. Und selbst wenn am Ende die benötigten Unterschriften mühselig zusammenkommen sollten, dann sind es die Stimmen von sieben Prozent der Berlinerinnen und Berliner. 93 Prozent haben sich nicht für dieses Ziel vereinnahmen lassen.

Bei einem Volksentscheid immerhin hätten diese 93 Prozent auch die Chance, Nein zu sagen zur Gefährdung des Großflughafens für die Region und Nein zu einer Nutzung Tempelhoofs durch einige wenige Privatflieger.

U.H. □

Informationen

aus dem Kurt-Schumacher-Haus



Berliner Stimme - die SPD-Wochenzeitung

Für Mitglieder der Berliner SPD gibt es viele zusätzliche Informationen - zum Beispiel durch die Berliner Stimme.

Alle 14 Tage aktuell. Die Berliner Stimme ist die aktuelle und handliche Abonnementszeitung der Berliner SPD mit den wichtigsten Informationen aus der Partei und der Stadt. Sie kommt direkt zu Ihnen ins Haus - per E-mail oder per Post.

Zeitung mit Tradition. Die Berliner Stimme kann auf eine mehr als 50jährige Tradition als Wochenzeitung der Berliner SPD zurückblicken. Zu ihren Autoren gehörten Willy Brandt und Brigitte Seebacher-Brandt, Klaus Schütz und Dietrich Stobbe, Egon Bahr und viele andere. Seit Januar 2001 erscheint sie im Newsletter-Format, um die Zustellung per E-Mail zu ermöglichen, seit 2007 im neuen Layout.

Das bietet die Berliner Stimme: Die Berliner Stimme informiert über Termine und SPD-Veranstaltungen, enthält aktuelle Berichte aus dem Senat und aus der Fraktion. Sie bietet Platz für

MICHAEL SOMMER:
ZUR PROGRAMMDEBATTE IN
DER BERLINER SPD Seite 6

IRIS SPRANGER:
ZUR HAUSHALTPOLITIK DES
LANDES Seite 8

ANDREAS GEISEL:
AUFGABEN DER SOZIALPOLITIK
IN UNSERER STADT Seite 9

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr. 1 - 57. Jahrgang

13. Januar 2007

Frage der Woche:
Was macht die SPD
2007 besser?



von Michael Müller,
Landes- und
Fraktionsvorsitzender
der Berliner SPD
Nach den Startschwierigkeiten En-
de zusammenfassen. Text: Stefan Bittner, ASt

Programmdebatte:

Sicher und sozial

Auftakt zur Programmdebatte mit Michael Sommer

Der Anfang Januar vom SPD-Partei-
vorstand beschlossene Entwurf für das
neue Grundsatzprogramm ist nach An-
sicht des DGB-Vorsitzenden Michael
Sommer „im positiven Sinne prag-
matisch“. Er setze Horizonte und zeige so-
zialistische Handlungsmöglichkeiten auf.
Auf der Auftaktveranstaltung der Ber-
liner SPD zur Programmdebatte am
Mittwochabend betonte Sommer die
Bedeutung eines sozialen Europas in
der globalisierten Welt. Text: Stefan Bittner, ASt



Profilrundenbesprechung: Helmut Dungen-Löper, Michael
Müller, der sich angesprochen Michael Sommer.

spannende Diskussionen und Hintergrundinformationen. Im Jahresabo kostet die Berliner Stimme 25,05 Euro (E-Mail-Version) bzw. 30,15 Euro (per Post). Die E-Mail-Version erhalten Sie im gebräuchlichen Internetformat als PDF-Datei bereits am Donnerstag - zu lesen mit dem kostenlosen Programm Acrobat Reader. Die gedruckte Ausgabe kommt am Sonnabend ins Haus. Ein kostenloses Probeexemplar können Sie anfordern beim AboService der Berliner Stimme: berliner.stimme@wegewerk.de, Fax: 4692 240.

Ja, ich abonniere die Berliner Stimme

- als gedruckte Ausgabe per Post zum Jahrespreis von 30,15 Euro
 - zum ermäßigten Jahrespreis von 25,05 Euro (Schüler, Studenten, Sozialhilfeempfänger)
- als E-Mail-Version zum Jahrespreis von 25,05 Euro
 - zum ermäßigten Jahrespreis von 19,95 Euro (Schüler, Studenten, Sozialhilfeempfänger)

Name: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

Mailadresse: _____

Konto: _____ BLZ: _____

Unterschrift: _____

Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb von 14 Tagen durch eine Mitteilung an die Berliner Stimme, Müllerstr. 163, 13353 Berlin, rückgängig machen kann.

2. Unterschrift: _____

Absenden an: Berliner Stimme, Müllerstr. 163, 13353 Berlin, Fax: 4692 240

Berlin SPD